

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

4. JAHRGANG

DÜSSELDORF, DEN 29. MÄRZ 1951

NUMMER 25

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Innenministerium.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 14. 3. 1951, Aktenmaterial der früheren deutschen Einwandererzentrale in Lodz (Litzmannstadt). S. 337.

III. Kommunalaufsicht: RdErl. 14. 3. 1951, Gewerbesteuerausgleich für das Rechnungsjahr 1951. S. 337. — RdErl. 14. 3. 1951, Rechtsmittelverfahren bei Anträgen auf Grundsteuerbilligkeitserlaß. S. 338.

B. Finanzministerium.

Erl. 16. 3. 1951, Übertragung der Kirchensteuerverwaltung auf die Finanzämter. S. 339. — Erl. 16. 3. 1951, Übertragung der Kirchensteuerverwaltung auf die Finanzämter. S. 340. — Erl. 16. 3. 1951, Übertragung der Kirchensteuerverwaltung auf die Finanzämter. S. 341.

C. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

Bek. 13. 3. 1951, Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflizenzen. S. 341.

D. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Persönliche Angelegenheiten. S. 342.

II. Landwirtschaftliche Erzeugung: RdErl. 12. 3. 1951, Leistungsschild für Rahmerhitzer. S. 342. — RdErl. 16. 3. 1951, Bekämpfung der Tollwut. S. 343. — RdErl. 16. 3. 1951, Schlachtungs- und Fleischbeschaustatistik. S. 343.

E. Arbeitsministerium.

RdErl. 9. 3. 1951, Krankenhauswesen; hier: Bestandsmeldung der Krankenhausbetten. S. 344. — RdErl. 13. 3. 1951, Wirtschaftliche Tuberkulosehilfe; hier: Teuerungszuschläge zu den Richtsätzen. S. 344. — Bek. 20. 3. 1951, Verzeichnis der Lehrapotheken für die Ausbildungszeit 1. April 1951 bis 31. März 1953. S. 345.

F. Sozialministerium.

RdErl. 1951 S. 337 aufgeh. d. 1955 S. 57 Nr. 241 I. Verfassung und Verwaltung 1951 S. 337 aufgeh. d. 1955 S. 496 Ziff. 5.3

IV. Ministerium für Wiederaufbau.

IV B. Recht: RdErl. 14. 3. 1951, Durchführung des Landeswohnungsgesetzes vom 23. Januar 1950 (GV. NW. S. 25); hier: verschärfter Erfassungsmaßstab gem. § 6 Absatz 2. S. 348.

G. Kultusministerium.**H. Ministerium für Wiederaufbau.****J. Staatskanzlei.**

1951 S. 337
aufgeh. d.
1955 S. 57 Nr. 241

A. Innenministerium

1951 S. 337
aufgeh. d.
1955 S. 496 Ziff. 5.3

Aktenmaterial der früheren deutschen Einwandererzentrale in Lodz (Litzmannstadt)

RdErl. d. Innenministers v. 14. 3. 1951 — I — 13.12 — 2406/50

Die Vertretung des Bundesministers des Innern in Berlin beanstandet, daß Anträge auf Feststellung der Staatsangehörigkeit, die auf Grund der Unterlagen der früheren Einwandererzentralstelle in Litzmannstadt beim Document Center in Berlin zu erledigen sind, ihr von den Kreis-, Amts- oder Gemeindeverwaltungen oder den Regierungspräsidenten unmittelbar vorgelegt werden. Ich nehme Bezug auf die mit meinen Erlassen vom 3. Januar und 5. März 1951 — I 13.12 — 2406/50 — (nicht veröffentlicht) bekanntgegebenen Rundschreiben des Herrn Bundesministers des Innern vom 15. Dezember 1950 und 21. Februar 1951 und weise nochmals darauf hin, daß diese Anträge durch die Regierungspräsidenten mir vorzulegen sind. Ich halte es für zweckdienlich, daß die Vorlage solcher Anträge nicht einzeln, sondern geschlossen am 15. jedes Monats erfolgt, sofern nicht eine besondere Eilbedürftigkeit gegeben ist.

An die Regierungspräsidenten, die Kreis-, Amts- und Gemeindeverwaltungen.

— MBl. NW. 1951 S. 337.

ahr 1951 schwieben, die erst jetzt abgeschlossen werden konnten. Es wird beabsichtigt, in Übereinstimmung mit den übrigen westdeutschen Ländern die Anmeldefrist (§ 17 EinfG — RealStG. und § 6 des Gesetzes vom 8. Juni 1949 — GV. NW. S. 113) auf den 5. Februar und die Frist zur Erklärung der Betriebsgemeinde (§ 7 aaO.) auf den 5. April jeden Jahres hinauszuschieben. Die Fristen zur Anrufung der oberen Gemeindeaufsichtsbehörde (§ 7 Abs. 3 aaO.) — 5. Juni — und zur Beantragung eines Härteausgleichs (§ 8 aaO.) — 5. September — sollen unverändert bestehen bleiben.

Nachdem die bisherigen gesetzlichen Fristen (5. Januar und 5. März) und zum Teil auch schon die vorgesehenen neuen Fristen (5. Februar) im Jahre 1951 bereits verstrichen sind, ist damit zu rechnen, daß anlässlich der Regelung für die Zukunft für das Jahr 1951 besondere Übergangsfristen bestimmt werden.

In Beantwortung zahlreicher Anfragen gebe ich daher bekannt, daß für das Rechnungsjahr 1951 die bisherigen Fristen nicht mehr als verbindlich betrachtet zu werden brauchen. Es wird empfohlen, die Bekanntgabe der Übergangsfristen für 1951 abzuwarten und bis dahin von der Ablehnung von Ansprüchen wegen Fristversäumnis sowie von der Anrufung der oberen Gemeindeaufsichtsbehörde gem. § 7 Abs. 3 aaO. zur Vermeidung überflüssiger Verwaltungsarbeiten vorerst abzusehen.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden.

— MBl. NW. 1951 S. 337.

III. Kommunalaufsicht**Gewerbesteuerausgleich für das Rechnungsjahr 1951**

RdErl. d. Innenministers v. 14. 3. 1951 — III B 4/123

Mit Runderlaß vom 10. Oktober 1950 — MBl. NW. S. 972 — ist angekündigt worden, daß eine Verlängerung der Termine für die Anmeldung der Ansprüche der Wohngemeinden und der nachfolgenden Erklärung der Betriebsgemeinden durch Änderung der bisherigen gesetzlichen Vorschriften in Aussicht genommen und in Kürze zu erwarten sei. Zu dieser Gesetzesänderung ist es bislang nicht gekommen, weil noch Verhandlungen über die Festsetzung des Ausgleichsbetrages für das Haushalt-

Rechtsmittelverfahren bei Anträgen auf Grundsteuerbilligkeitserlaß

RdErl. d. Innenministers v. 14. 3. 1951 — III B 4/123

Zur Behebung von Zweifeln weise ich darauf hin, daß Bescheide und Einspruchentscheidungen, mit denen der Erlaß von Grundsteuer auf Grund der Grundsteuerbilligkeitsrichtlinien vom 22. Januar 1940 — RMBI. S. 147 — RStBl. S. 121 — ganz oder teilweise abgelehnt wird, gem. § 35 der Verordnung Nr. 165 der Militärregierung über die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Britischen Zone — VOBlatt für die Britische Zone 1948 S. 263 — mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen sind, um die Rechtsmittelfrist für das nach der Verordnung Nr. 165

gegebene neue Rechtsmittel in Lauf zu setzen. Es empfiehlt sich, die Rechtsmittelbelehrung einheitlich wie folgt zu fassen:

- "Gegen diesen Bescheid ist der Einspruch zulässig; er ist innerhalb eines Monats, gerechnet von dem auf die Zustellung folgenden Tage ab, bei der Gemeinde-(Stadt-)verwaltung in schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären."
- "Gegen diesen Einspruchsbescheid ist die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig; sie ist binnen eines Monats, gerechnet von dem auf die Zustellung folgenden Tage ab, bei dem Landesverwaltungsgericht in schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären. Durch die rechtzeitige Einreichung der Klageschrift bei der Gemeinde-(Stadt-)verwaltung in wird die Frist gewahrt."

Die Gemeindeaufsichtsbehörden werden hiermit angewiesen, anhängige Dienstaufsichtsbeschwerden unter Hinweis auf diesen Runderlaß den Gemeinden zu übersenden mit dem Ersuchen, im Einspruchsverfahren zu entscheiden und die Entscheidung mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Den Beschwerdeführern ist Abgabennachricht zu erteilen.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden.

— MBl. NW. 1951 S. 338.

B. Finanzministerium

Übertragung der Kirchensteuerverwaltung auf die Finanzämter

Erl. d. Finanzministers v. 16. 3. 1951 — S 2270 — 1732/VC

1. Auf Antrag der Evangelischen Kirche im Rheinland — Landeskirchenamt — und auf Grund der Beschlüsse der zuständigen kirchlichen Organe übertrage ich unter Bezugnahme auf § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 1950 (GV. NW. 1950 S. 32, StBl. NRW 1950 S. 137) nach § 18 Ziffer 4 der Reichsabgabenoordnung unter Zustimmung des Kultusministers mit Wirkung ab 1. April 1951 die Veranlagung und Erhebung der Kirchensteuer der evangelischen Gemeindeglieder, die im Bezirk der Finanzämter Düsseldorf-Mettmann, Grevenbroich, Moers, Mülheim (Ruhr), Oberhausen-Nord und Oberhausen-Süd wohnen, auf diese Finanzämter. Für die Gemeinde Oberhausen-Osterfeld (Finanzamtsbezirk Oberhausen-Nord), die zur Evangelischen Kirche von Westfalen gehört, erfolgt die Übertragung auf Antrag der Evangelischen Kirche von Westfalen — Landeskirchenamt — und auf Grund der Beschlüsse der zuständigen kirchlichen Organe.

2. Die Finanzämter sind für die Veranlagung, Erhebung und Beitreibung der Kirchensteuer im Rahmen der vorbezeichneten Übertragung zuständig.

3. Die für die Veranlagung und die Erhebung der Einkommensteuer sowie die für den Steuerabzug vom Arbeitslohn bestehenden Bestimmungen gelten entsprechend.

4. Ist die veranlagte Einkommensteuer die Maßstabsteuer, so wird die Kirchensteuer zugleich mit der Einkommensteuer veranlagt und erhoben.

5. Ist die Lohnsteuer die Maßstabsteuer, so wird die Kirchensteuer zugleich mit der Lohnsteuer durch Steuerabzug vom Arbeitslohn erhoben.

6. Die verfahrensrechtlichen Vorschriften richten sich nach § 3 Absatz 5 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 1950. Hinsichtlich des Rechtsmittelverfahrens gilt § 6 des vorbezeichneten Gesetzes. Für die Verjährung nach § 3 Absatz 5 Satz 2 des vorbezeichneten Gesetzes gelten die Vorschriften der §§ 83, 84 und 88 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzesammlung S. 152). Hinsichtlich des Erlaß- und Stundungsverfahrens verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen des Kirchensteuerrechts.

7. Die Zuständigkeit der Kirchengemeinden zur Erhebung von Kirchgeld und von Kirchensteuer, die nicht als Zuschläge zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben werden, bleibt unberührt.

8. Das Nähere über die Heranziehung der Veranlagungspflichtigen und über die Durchführung des Kirchensteuerlohnabzugsverfahrens bestimmen Sie im Einvernehmen mit dem Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland und von Westfalen.

9. Die Kirchensteuer, die in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben wird, wird damit ab 1. April 1951 für alle Gemeinden der Evangelischen Landeskirchen im Land Nordrhein-Westfalen, die in Ihrem Bezirk liegen, durch die Finanzverwaltung veranlagt und erhoben.

An die Oberfinanzdirektion Düsseldorf in Düsseldorf.

— MBl. NW. 1951 S. 339.

Übertragung der Kirchensteuerverwaltung auf die Finanzämter

Erl. d. Finanzministers v. 16. 3. 1951 — S 2270 — 1732/VC

1. Auf Antrag der Evangelischen Kirche im Rheinland — Landeskirchenamt — und auf Grund der Beschlüsse der zuständigen kirchlichen Organe übertrage ich unter Bezugnahme auf § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 1950 (GV. NW. 1950 S. 32, StBl. NRW 1950 S. 137) nach § 18 Ziffer 4 der Reichsabgabenoordnung unter Zustimmung des Kultusministers mit Wirkung ab 1. April 1951 die Veranlagung und Erhebung der Kirchensteuer der evangelischen Gemeindeglieder, die im Bezirk der Finanzämter Dürren, Gummersbach und Waldbröl wohnen, auf diese Finanzämter.

2. Die Finanzämter sind für die Veranlagung, Erhebung und Beitreibung der Kirchensteuer im Rahmen der vorbezeichneten Übertragung zuständig.

3. Die für die Veranlagung und die Erhebung der Einkommensteuer sowie die für den Steuerabzug vom Arbeitslohn bestehenden Bestimmungen gelten entsprechend.

4. Ist die veranlagte Einkommensteuer die Maßstabsteuer, so wird die Kirchensteuer zugleich mit der Einkommensteuer veranlagt und erhoben.

5. Ist die Lohnsteuer die Maßstabsteuer, so wird die Kirchensteuer zugleich mit der Lohnsteuer durch Steuerabzug vom Arbeitslohn erhoben.

6. Die verfahrensrechtlichen Vorschriften richten sich nach § 3 Absatz 5 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen vom 15. Februar 1950. Hinsichtlich des Rechtsmittelverfahrens gilt § 6 des vorbezeichneten Gesetzes. Für die Verjährung nach § 3 Absatz 5 Satz 2 des vorbezeichneten Gesetzes gelten die Vorschriften der §§ 83, 84 und 88 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetzesammlung S. 152). Hinsichtlich des Erlaß- und Stundungsverfahrens verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen des Kirchensteuerrechts.

7. Die Zuständigkeit der Kirchengemeinden zur Erhebung von Kirchgeld und von Kirchensteuer, die nicht als Zuschläge zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben werden, bleibt unberührt.

8. Das Nähere über die Heranziehung der Veranlagungspflichtigen und über die Durchführung des Kirchensteuerlohnabzugsverfahrens bestimmen Sie im Einvernehmen mit dem Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland.

9. Die Kirchensteuer, die in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben wird, wird damit ab 1. April 1951 für alle Gemeinden der Evangelischen Kirche im Rheinland, die in Ihrem Bezirk liegen, durch die Finanzverwaltung veranlagt und erhoben.

An die Oberfinanzdirektion Köln in Köln.

— MBl. NW. 1951 S. 340.

Zur Erläuterung des Rahmleistungsschildes wird auf folgendes hingewiesen:

Bei „Stundenleistung“ muß eine Unterteilung vorgenommen werden für den Fall, daß der Apparat hintereinander mit Kaltrahm (z. B. Fremdrahm) und mit vorgewärmtem Rahm betrieben wird.

In den Spalten „Zulassungs-Nr.“ und „Prüfungskennzeichen“ sind die Zulassungs-Nr. und Kennzeichen des entsprechenden, bereits zugelassenen Milchhocherhitzers einzusetzen. Ist der Apparatetyp jedoch nicht als Milchhocherhitzer geprüft und zugelassen, so bedarf es zwecks Zulassung des Rahmherhitzers einer Prüfung durch die Prüfungsanstalten.

Bei „Erhitzerprüfungs-Nr.“ kann zur Zeit noch keine Eintragung erfolgen. Erst nach Inkrafttreten der neuen Anordnung betrifft Änderung der §§ 27 und 28 der Ausführungsvorschriften des früheren Bundesrates zum Viehseuchengesetz vom 7. 12. 1911*, in welchem ein Erhitzerprüfungsbuch zu jedem Erhitzer vorgeschrieben wird, kann diese Spalte ausgefüllt werden.

Die Kontrollbeamten haben zu überprüfen, daß die tatsächliche Stundeneistung die Nennstundeneistung des Leistungsschildes bei 85° C nicht übersteigt, und daß die tatsächliche Erhitzungstemperatur den Wert von 85° C nicht unterschreitet.

Die am Schluß des Leistungsschildes angebrachte Leistungsgarantie ist eine reine wärme- und betriebswirtschaftliche Zahl und als Garantiezahl bindend für den Hersteller für die Sicherstellung eines einwandfreien Dauerbetriebes unter normalen Bedingungen, d. h. bei 3 Stunden Betriebszeit, 95° C Erhitzungstemperatur und 7 Säuregrade nach Soxhlet-Henkel.

Bonn, den 24. Oktober 1950.
III B (III A 7) 3780/19 — 1529/50.
BMdl. 4701 — 833/50.

Der Bundesminister
des Inneren
In Vertretung
von Lex

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten
Dr. Niklas

*) in der Fassung vom 24. März 1934 (Reichsministerialblatt S. 300).

An die Regierungspräsidenten, an die Verwaltungen der Stadt- und Landkreise — Veterinäramt — des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1951 S. 342.

Bekämpfung der Tollwut

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 16. 3. 1951 — II Vet. 2120

In den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg ist die Tollwut in größerem Umfange aufgetreten. Mit der Einschleppung dieser Seuche auch nach Nordrhein-Westfalen muß gerechnet werden. Für ihre Bekämpfung ist die Kennzeichnung aller Hunde eine wesentliche Voraussetzung. Ich bringe daher die Viehseuchopolizeiliche Anordnung des ehem. RMdl. vom 28. März 1941 — RMBIIV. S. 649 — in Erinnerung. Danach müssen sämtliche über drei Monate alten Hunde mit Halsbändern versehen sein, die Namen und Wohnort des Besitzers ersehen lassen oder an denen eine Steuermarke mit Angabe des Versteuerungsbezirkes und der Nummer des Hundes in der Steuerliste oder eine besondere Erkennungsmarke mit dem Namen des Polizeibezirks und einer fortlaufenden Nummer befestigt ist.

Ich ersuche, die Beachtung dieser Vorschrift schärfstens überwachen zu lassen.

An die Regierungspräsidenten, an die Kreisverwaltungen der Stadt- und Landkreise des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1951 S. 343.

Schlachtungs- und Fleischbeschaustatistik

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 16. 3. 1951 — II Vet. 3205

In Ergänzung meines RdErl. vom 27. März 1950 — II Vet. VI c/5 — bitte ich, die Jahreszusammenstellungen der Ergebnisse der Schlacht- und Fleischbeschau bei Schlachtungen im Inland (Formblatt A und B) (Fleischbeschaustatistik) sowie der Ergebnisse der Auslandsfleischbeschau (Formblatt C) bis auf weiteres mir vorzulegen.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster.

An die Kreisverwaltungen der Stadt- und Landkreise — Veterinäramt — des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1951 S. 343.

F. Sozialministerium

Krankenhauswesen;
hier: Bestandsmeldung der Krankenhausbetten

RdErl d. Sozialministers v. 9. 3. 1951 — II A/4 — 50 — 12

Der Erlaß des ehemaligen Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz vom 10. Oktober 1945 — M II — 62 — B VIII/11 — für den Bereich des nordrheinischen Landesteils und mein Erlaß vom 4. Januar 1947 — M/626 — II — B VIII/11 — (nicht veröffentlicht) für den Bereich des westfälischen bzw. lippischen Landesteils sehen vor, daß über die Bewegung der Krankenhausbetten eine Statistik an Hand seinerzeit übersandter Unterlagen zu führen ist.

Wenngleich auch die unmittelbare Veranlassung hierzu, die sich aus Forderungen der Besatzungsmacht ergab, jetzt nicht mehr besteht, so ist doch das Interesse, jederzeit einen einwandfreien Überblick über den Stand der Krankenbettanzahl in jedem einzelnen Krankenhaus und in jedem Teile des Landes gewinnen zu können, allein aus Gründen einer zweckmäßigen Förderung des Wiederaufbaues kriegsgeschädigter Krankenhäuser unverändert geblieben. Die vorstehenden Erlasse bringe ich daher in Erinnerung.

Gleichzeitig bitte ich, bei der Berichterstattung folgendes zu beachten:

1. Als Krankenhäuser im Sinne dieses RdErl. gelten alle konzessionspflichtigen und nicht konzessionspflichtigen Allgemein- und Spezialkrankenanstalten einschl. Heilanstalten für Tuberkulöse, Entbindungs- und Irrenanstalten, Entziehungsanstalten für Morphinumkranke, Alkoholiker usw.
2. Die Berichterstattung erstreckt sich nur auf Krankenbetten; Personalarbeiten sind nicht einzubeziehen.
3. Die Übersendung neuer Karteikarten ist nur dann erforderlich, wenn über Krankenhäuser zu berichten ist, über die eine entsprechende Unterlage noch nicht vorliegt. Berichtigungen bereits vorhandener Karteikarten erfolgen in der Weise, daß die neuen Bettenzahlen für jede Abteilung des Krankenhauses angegeben werden. Von einer Berichterstattung nach dem Muster der Karteikarte ist in diesem Falle aus Gründen der Arbeits erleichterung abzusehen.
4. Die Berichterstattung erfolgt halbjährlich nach dem Stande vom 30. Juni und 31. Dezember jeweils bis zum 15. August bzw. 15. Februar des Jahres.
5. Fehlanzeige ist erforderlich.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Köln und Münster.

— MBl. NW. 1951 S. 344.

Wirtschaftliche Tuberkulosehilfe;
hier: Teuerungszuschläge zu den Richtsätzen

RdErl. d. Sozialministers v. 13. 3. 1951 — III A/6

Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 ab sind an die Empfänger wirtschaftlicher Tuberkulosehilfe Teuerungszuschläge in folgender Höhe zu gewähren:

- | | |
|---------------------------------------|-----------|
| a) Haushaltungsvorstand | 8 DM mtl. |
| b) Haushaltangehöriger über 16 Jahre | 6 DM mtl. |
| c) Haushaltangehöriger unter 16 Jahre | 6 DM mtl. |
| d) Alleinstehender | 8 DM mtl. |
| e) Pfegekind | 6 DM mtl. |

Erkrankte, die nicht den Richtsatz, sondern nur Ernährungsbeihilfe beziehen, erhalten einen Teuerungszuschlag von 6 DM monatlich.

Die Zahlung der Teuerungszuschläge an die Empfänger der Tuberkulosehilfe bitte ich umgehend zu veranlassen. Eines besonderen Antrages für den Einzelfall bedarf es für die bereits in Betreuung stehenden Empfänger der Tuberkulosehilfe nicht.

Die Abrechnung ist wie üblich vorzunehmen.

Der Herr Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat einer gleichen Regelung für den Personenkreis der Rentenversicherten zugestimmt; er wird die Rentenversicherungsträger mit einer entsprechenden Weisung versehen.

— MBl. NW. 1951 S. 344.

**Verzeichnis der Lehrapotheeken
für die Ausbildungszeit 1. April 1951 bis 31. März 1953**

Bek. d. Sozialministers v. 20. 3. 1951 — II A 3 40 — 4

Gemäß § 6 Abs. 1 b der Prüfungsordnung für Apotheker vom 8. Dezember 1934 i. d. F. der Verordnung zur Änderung der Bestallungsordnung vom 25. September 1939 (RGBl. I S. 1939) werden die nachstehenden Apotheken ermächtigt, für die Zeit vom 1. April 1951 bis 31. März 1953 einen Apothekerpraktikanten auszubilden:

| Ort: | Apotheke: | Name des Apothekers: |
|------|-----------|----------------------|
|------|-----------|----------------------|

Regierungsbezirk Aachen:

| | | |
|----------------|-----------------|----------------|
| 1. Aachen | Kronen- | Frl. Alt |
| 2. Aachen | Congreß- | Kiesling |
| 3. Aachen | Viktoria- | Schlösser |
| 4. Alsdorf | Genius- | Frau Küpper |
| 5. Eschweiler | Rosen- | Schnütgen |
| 6. Kohlscheid | Engelsing'sche- | Frau Engelsing |
| 7. Stolberg | Adler- | Schwarz |
| 8. Merkstein | Selbach's- | Frau Schmitt |
| 9. Erkelenz | Hirsch- | Kühle |
| 10. Heinsberg | Einhorn- | Kreuder |
| 11. Gangelt | Hirsch- | Feuth |
| 12. Waldfeucht | Rosen- | Assenmacher |
| 13. Schleiden | Schlink'sche- | Frau Schlink |

Regierungsbezirk Arnsberg:

| | | |
|-----------------------------------|------------------------|--------------|
| 1. Attendorn | Löwen- | Pfeiffer |
| 2. Bestwig (Kr. Meschede) | Falken- | Franke |
| 3. Bochum-Linden | — zwischen den Kirchen | Dr. Dekker |
| 4. Dortmund | Einhorn- | Tofahrn |
| 5. Dortmund | Hafen- | Pfeiffer |
| 6. Dortmund-Bodelschwingh | Kronen- | Sommer |
| 7. Dortmund-Marten | Hirsch- | Schoemann |
| 8. Ferndorf-Kreuztal (Kr. Siegen) | Löwen- | Dr. Fuchs |
| 9. Fredeburg | Burg- | Schulte |
| 10. Hagen | Adler- | Schipper |
| 11. Hagen-Boele | Hohenzollern- | v. Scheven |
| 12. Hamm | Adler- | Cobet |
| 13. Hamm | Hirsch- | Dr. Verspohl |
| 14. Hemer | Neue | Busch |
| 15. Herne | Engel- | Zumbusch |
| 16. Iserlohn | West- | Kozlik |
| 17. Klafeld-Geisweid (Kr. Siegen) | Hütten- | Büscher |
| 18. Laasphe (Kr. Wittgenstein) | Hof- | Frl. Steitz |
| 19. Lippstadt | Engel- | Tidden |
| 20. Lippstadt | Süd- | Krunke |
| 21. Lüdenscheid | Schwanen- | Sluzalek |
| 22. Lünen | Westfalen- | Venneckel |
| 23. Niedermarsberg | — | Iskenius |
| 24. Olpe | Adler- | Streffing |
| 25. Ramsbeck | Glückauf- | Maniura |
| 26. Siegen | Hirsch- | Deutsch |
| 27. Witten | Germania- | Föcking |

Regierungsbezirk Detmold:

| | | |
|----------------------------|----------------|-------------------------|
| 1. Bielefeld | Bahnhofs- | Sundermann |
| 2. Herford | Neustädter- | Kleine |
| 3. Herford | Adler- | Apothekerin Piepenbrock |
| 4. Jöllenbeck | Adler- | Jähn |
| 5. Detmold | Hof- | Dr. Priester |
| 6. Detmold | — zur Rose | Tschäuner |
| 7. Versmold | Hollefeldsche- | Keller |
| 8. Mennighüffen-Bünde | Wittekind- | Gehroldt |
| 9. Spenge | Hirsch- | Rasch |
| 10. Oerlinghausen | Hirsch- | Wachsmuth-Melm |
| 11. Barntrup | Einhorn- | Dr. Wiegrefe |
| 12. Paderborn | Einhorn- | Tenge |
| 13. Verl (Kr. Wiedenbrück) | — | Apothekerin Maus |
| 14. Lübbecke | Neue | Leue |

| Ort: | Apotheke: | Name des Apothekers: |
|-------------------------------------|-----------------|-------------------------|
| Regierungsbezirk Düsseldorf: | | |
| 1. Duisburg | Einhorn- | Schulte-Herbrüggen |
| 2. Duisburg | Löwen- | Schmelzer |
| 3. Duisburg | Rosen- | Frl. Bullmann |
| 4. Duisburg-Laar | Hirsch- | Frl. Weeren |
| 5. Duisburg-Ham- | Schwanen- | Thelen |
| 6. Duisburg-Hoch- | Johanniter- | Dr. Bosch |
| 7. Duisburg-Meiderich | Germania- | Dr. Ruff |
| 8. Düsseldorf | Bären- | Conner |
| 9. Düsseldorf | Uhland- | Genser |
| 10. Düsseldorf | Industrie- | Szaykowski |
| 11. Düsseldorf | Lierenfelder- | Brehmer |
| 12. Düsseldorf | Linden- | Frl. Borggreve |
| 13. Düsseldorf | Münster- | Dr. Munscheid |
| 14. Düsseldorf | Phönix- | Heinz Labinsky |
| 15. Düsseldorf | Rochus- | Krause |
| 16. Düsseldorf | Schadow- | Klüsener |
| 17. Düsseldorf | Pelikan- | Knell |
| 18. Essen-Dellwig | Glückauf- | Dr. Reinsch |
| 19. Essen-Rüttenscheid | Rüttenscheider- | Dr. Oberembt |
| 20. Essen-Altenessen | Hafen- | Güllekes |
| 21. Essen-Kupferdreh | Adler- | Kost |
| 22. Essen-Ost | Ost- | Weyers |
| 23. Essen | Kapuziner- | Wessiepe |
| 24. Essen-Altenessen | Glückauf- | Ophoff |
| 25. Essen | Stadtwald- | von der Heiden-Rinsch |
| 26. Essen-Heidhausen | Heidhauser- | Dr. Josephs |
| 27. Krefeld | Hirsch- | Bosseljoon |
| 28. Krefeld | Viktoria- | Oeken |
| 29. Krefeld | Hubertus- | Breitwieser |
| 30. Mülheim (Ruhr) | Engel- | Dr. Ulrich |
| 31. Mülheim (Ruhr)-Speldorf | Schwanen- | Hofer |
| 32. Mülheim (Ruhr)-Styrum | Löwen- | Kalinowski |
| 33. Mülheim (Ruhr) | Hirsch- | Liekfeld |
| 34. M. Gladbach | Adler- | Koch |
| 35. M. Gladbach | Kronen- | Wienert |
| 36. M. Gladbach | Schiller- | Frau Niederhake-Degen |
| 37. M. Gladbach | Marien- | Langenhorst |
| 38. Neuß | Nord- | Massion |
| 39. Neuß | Sonnen- | Bremer |
| 40. Oberhausen-Osterfeld | Glückauf- | Jacob |
| 41. Oberhausen-Osterfeld | Hindenburg- | Fischer |
| 42. Oberhausen | Falkenstein- | Glandorff |
| 43. Oberhausen | Kronen- | Holeweg |
| 44. Oberhausen-Sterkrade | Adler- | Funck |
| 45. Oberhausen | Schwanen- | Vecqueray |
| 46. Remscheid-Lennep | Holten | Dunkel |
| 47. Remscheid-Lennep | Bergische- | |
| 48. Remscheid-Lüttringhausen | Hirsch- | Grein |
| 49. Rheydt | Löwen- | Lüdorff |
| 50. Rheydt | Adler- | Frau Schuckmann-Wesener |
| 51. Solingen-Ohligs | Hirsch- | Schürhoff |
| 52. Dinslaken | Zum schwarzen | Heinz Dieterichs |
| 53. Büderich-Meererbusch | Adler | |
| 54. Dormagen | Adler- | Sierp |
| 55. Elsen | Büdericher- | Schäfer |
| 56. Kempen | Löwen- | Höltter |
| | Löwen- | Lerdo |

| Ort: | Apotheke: | Name des Apothekers: |
|----------------------------------|-------------------|----------------------|
| 57. Waldniel | Adler- | Stein |
| 58. Schiebahn | Schwanen- | Schmitz |
| 59. Kleve | Elefanten- | Kessel |
| 60. Kleve | Adler- | Koll |
| 61. Uedem | Engel- | Otto |
| 62. Moers | Löwen- | Frl. Dr. Försterling |
| 63. Vluyn | Kranich- | Frede |
| 64. Sonsbeck | Adler- | Kluitmann |
| 65. Emmerich | Löwen- | Blümlein |
| 66. Ringenberg | Hirsch- | Gansz |
| 67. Wesel-Obrig- hoven | Adler- | Liemann |
| 68. Langenfeld | Rats- | Küpper |
| 69. Leichlingen | Adler- | Hahn |
| 70. Leverkusen- Wiesdorf | Eulen- | Stausberg |
| 71. Leverkusen- Wiesdorf | Markt- | Wimmers |
| 72. Haan | Adler- | Fobes |
| 73. Velbert | Engel- | Dr. Kaufmann |
| 74. W.-Langerfeld | Kronen- | Dr. Diester |
| 75. W.-Cronenberg | Löwen- | Balke |
| 76. W.-Barmen | Central- | Rodewald |
| 77. W.-Elberfeld | Eichen- | Gobert |
| 78. W.-Elberfeld | Adler- | Fritz Lamberts |
| 79. W.-Elberfeld | Mohren- | Paul Quinke |
| Regierungsbezirk Münster: | | |
| 1. Bottrop | Alte- | Dr. Geyr |
| 2. Bottrop | Glückauf- | Schrader |
| 3. Bottrop | Marien- | Hagemeister |
| 4. Bottrop | Industrie- | Pothmann |
| 5. Gelsenkirchen | Alte- | Fegeler |
| 6. Gladbeck | Pfau- | Werner |
| 7. Herten | Adler- | Löhr |
| 8. Ibbenbüren | Glückauf- | Frau Jörgens |
| 9. Kirchhellen | Glückauf- | Weskamp |
| 10. Marl-Hüls | Glückauf- | Dr. Müller |
| 11. Münster | — „Auf der Geist“ | Foeth |
| 12. Münster | Adler- | Schulze-Schlepinghof |
| 13. Münster | Kreuz- | Aenstoot |
| 14. Münster | Stern- | Brüning |

| Ort: | Apotheke: | Name des Apothekers: |
|---|-----------|-------------------------|
| 15. Bockum-Hövel | Glückauf- | Engel |
| 16. Recklinghausen | Alte- | Dr. Strunk |
| 17. Recklinghausen | Glückauf- | de Lorenzi |
| 18. Rheine | Löwen- | Plankermann |
| 19. Rheine | Bahnhofs- | Cohaus |
| 20. Rheine | Ems- | Niesert |
| 21. Wadersloh | Sonnen- | Wernekink |
| 22. Werne | Hubertus- | Jungbluth |
| 23. Gronau (Westf.) | Engel- | Frau Halbey |
| 24. Greven (Westf.) | Adler- | Sprakel |
| 1951 S. 348 aufgeh. 1955 S. 1750 Nr. 72 | | — MBl. NW. 1951 S. 345. |

H. Ministerium für Wiederaufbau

IV B. Recht

**Durchführung des Landeswohnungsgesetzes
vom 23. Januar 1950 (GV. NW. S. 25); hier: ver-
schrärfter Erfassungsmaßstab gem. § 6 Absatz 2**

RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau v. 14. 3. 1951 —
IV B — 665 — Tgb.-Nr. 533/31

Dem Vernehmen nach sind auf Grund § 6 Abs. 2 LWG. Satzungen erlassen und genehmigt worden, die weder die durch § 6 Abs. 1 und 2 LWG. erteilte gesetzliche Ermächtigung als Rechtsgrundlage angeben, noch einen Hinweis auf ihre zum Inkrafttreten der Satzung erforderliche Genehmigung enthalten. Um Bedenken gegen die Gültigkeit der Satzungen auszuschalten, bitte ich auf die erwähnten Angaben zu achten, wenn auch Art. 70 Satz 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (GV. NW. S. 127) die Angabe der Rechtsgrundlage nur für Rechtsverordnungen besonders vorschreibt.

An die Regierungspräsidenten in Aachen, Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster.

Nachrichtlich:

An die Verwaltungen der Stadtkreise, der Landkreise und der kreisangehörigen Städte.

— MBl. NW. 1951 S. 348.